

# Millionärsabgabe statt Autofahrer-Abzocke.

## Für öffentliche Investitionen in die Infrastruktur – hier und in Europa.

Im Bundestagswahlkampf hat die SPD höhere Steuern auf große Vermögen und Spitzeneinkommen versprochen. Im Koalitionsvertrag findet sich dazu nichts. SPD-Ministerpräsident Albig hat nun vorgeschlagen, eine Sonderabgabe fürs Autofahren einzuführen, um die marode Verkehrsinfrastruktur zu sanieren. Das war abzusehen. Statt Vermögende und Spitzenverdiener heranzuziehen, wird weiter gekürzt und privatisiert, um die Schuldenbremse einhalten zu können. Oder es werden pauschal per Abgabe kleine und mittlere Einkommen belastet.

Sparen, sparen, sparen! Das ist das Leitbild der Großen Koalition. Auf Kosten der Infrastruktur und der Zukunft des Landes will Finanzminister Schäuble einen ausgeglichenen Haushalt durchdrücken. Nur 5 Milliarden sind für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur vorgesehen – nicht jährlich, sondern bis 2017. Selbst das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt den Investitionsbedarf allein für den Verkehr auf mindestens 6,5 Milliarden – pro Jahr. In den Kommunen besteht nach Angaben der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein Investitionsstau von insgesamt 128 Milliarden Euro.

Eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung des DGB zeigt, wie sich öffentliche Investitionen auswirken: Der gesamtwirtschaftliche Nutzen ist oft viel höher als die Kosten der getätigten Investitionen. Wenn in Schulen, Krankenhäuser und Verkehrswege investiert wird, hat das positive „Nebenwirkungen“. In der Folge steigen Beschäftigung, Löhne und Gehälter, es fließen

mehr Beiträge in die Sozialkassen, es wird mehr gekauft, die Binnennachfrage steigt und damit die Konjunktur insgesamt, die Steuereinnahmen steigen und die öffentliche Hand hat wieder mehr Mittel für weitere Investitionen in die Zukunft – eine Positivspirale.

Kürzungsprogramme und Steuersenkungen haben genau den entgegengesetzten Effekt. Niedrigere Steuern auf Vermögen, hohe Einkommen, Kapitalerträge oder Unternehmensgewinne wirken sich negativ aus – nicht nur auf die Steuereinnahmen, sondern auch auf Investitionen und Konjunktur.

Trotz Steuergeschenken für Reiche in den vergangenen Jahren haben Bund und Länder derzeit üppige Steuereinnahmen. Das ist ein weiterer Grund, endlich mehr zu investieren und nicht nur in Straßen. Das Problem sind nicht nur Schlaglöcher. Infrastruktur ist mehr: Krankenhäuser, Kitas, Schulen und der öffentliche Nahverkehr brauchen mehr Geld. Seit Jahren gehen die Investitionen bei Bund und Ländern, aber vor allem auch in den Kommunen zurück. Kein Wunder: bei Nothaushalten und Schuldenbremse.

Auch in Europa brauchen wir einen Richtungswechsel. In die Krise hinein zu sparen war und ist völlig falsch. Die Kürzungspolitik muss gestoppt werden. Stattdessen wollen wir EU-weite Aufbau- und Investitionsprogramme – auch, um die massenhafte Erwerbslosigkeit zu bekämpfen. Dafür müssen endlich die Superreichen und Finanzspekulanten in Europa zur Kasse gebeten werden.

Auf den Punkt gebracht.  
25. April 2014

V.i.S.d.P. Matthias Höhn  
bundesgeschaefsstelle@die-linke.de  
Mehr Informationen unter: [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

**DIE LINKE.**